

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

2.6.1927 (No. 127)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. e. n. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Sonntags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Forderungen tarifierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Vertreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Koalitionspolitik aussen und innen

III.

Wie richtig unsere Auffassung ist, daß auch Frankreich der Sowjetregierung wenig freundlich gesinnt ist, beweisen die gestrigen Mitteilungen über den Empfang, den Tschitscherin bei Poincaré und Briand gefunden hat. Die beiden führenden französischen Staatsmänner haben ihm — der eine sehr unerblickt, der andere mit einiger Liebeshörigkeit im Ton — erklärt, daß das Verhalten Rußlands zu großer Unzufriedenheit Anlaß geben müsse, und daß Frankreich im Augenblick zwar nicht an einen Bruch mit Rußland denke, aber eine Änderung der russischen Politik und des russischen Wirtschaftssystems erwarte, bevor es aus seiner kritischen Zurückhaltung heraustreten werde. Im übrigen ist man auch in Paris davon überzeugt, daß wohl ohnehin in Rußland in absehbarer Zeit eine große Umwälzung stattfinden wird. Der russische Kredit sei heute gleich Null, die russische Wälua sinke immer mehr. Frankreich beschleunige diesen Entwicklungsprozess in Rußland, indem es alle Kredite verweigere und es hoffe, daß alle Staaten diesem Beispiel folgen.

Die Situation ist also in der Tat für die Sowjetregierung außerordentlich ernst. Und auch die augenblicklichen Erfolge, welche in China der den Bolschewisten wohlgenigte General Fong der Pekinger Regierung gegenüber errungen hat, können diese Situation im Grunde nicht zum Guten verändern. Einstweilen sind es zudem die europäischen Mächte, mit denen Rußland in erster Linie zu rechnen hat. Auch Rußland braucht eben Anlehnung, Bündnisse. An sich ist Moskau dazu ja gern bereit. Aber es denkt sich einseitig diese Bündnisse so, daß 95 Proz. der Vorteile auf seine Seite fallen, und es hat keineswegs die Absicht, in entscheidenden Punkten von seiner Wirtschaftsmethode und seiner die ganze Welt beunruhigenden politischen Propaganda abzulassen.

Man kann es begreifen, daß sich unter diesen Umständen die Blicke der Moskauer Machthaber nach Berlin wenden. Und da nun einmal der Berliner Vertrag zwischen Sowjetrußland und uns besteht, können wir gewisse Forderungen nur schwer ablehnen. So haben wir die diplomatische Vertretung Rußlands England gegenüber auf uns nehmen müssen und müssen ferner dulden, daß sich ein Teil der aus London ausgewiesenen Bolschewisten bei uns niederläßt. Wenn auch die kommunistische Gefahr in Deutschland zur Zeit keine Rolle spielt, kann die Anwesenheit dieser Vertreter des Bolschewismus für uns doch recht unangenehme Folgen haben. Der Bolschewismus lebt nun einmal von der Propaganda, und seine Emissäre können nicht anders, als agitieren.

Für das deutsche Volk gilt es, sorgsamst zu erwägen, ob uns Rußland wirklich etwas bieten kann oder nicht. Bei einer Beantwortung dieser Frage gilt natürlich die in unserem vorigen Artikel ausgesprochene Erkenntnis, daß die augenblickliche Regierung in Rußland politisch, wirtschaftlich und finanziell nur eine sehr geringe Kreditwürdigkeit beanspruchen kann, auch für uns. Aber auch sonst wird man wohl schwerlich Vorteile nennen können, die uns die Sowjetregierung in Moskau — sei es für den Augenblick, sei es für die nächste Zukunft — zu bieten hätte. Bei alledem sehen wir von der Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit, daß diese Regierung in absehbarer Zeit vielleicht gar nicht mehr am Ruder sein wird, ganz ab. Jedenfalls ist für uns Deutsche die eine Einsicht maßgebend: Wenn wir schon unsere Neutralität aufrechterhalten, dann muß sie mit besonderer Anglichkeit und besonderem Nachdruck Rußland gegenüber aufrecht erhalten werden. Denn auch nur das kleinste Abweichen von dieser Neutralität könnte uns großen Schaden zufügen.

Der Konflikt zwischen England und Rußland wird zweifellos größere Kreise ziehen. Wir sitzen bei diesem Konflikt in der Mitte und müssen sorgsamst darauf achten, daß wir nicht die Schläge von beiden Seiten empfangen oder in einer Weise in den Konflikt hineingezogen werden, die uns politisch oder wirtschaftlich Nachteile bringt. Ob wir dann, wenn der Konflikt zwischen England und Rußland auch andere Staaten, also vor allem Frankreich, Belgien und Italien, in seinen Bereich ziehen sollte, bei einer strikten und starren Neutralität werden beharren können, das ist eine jener großen Fragen, deren Beantwortung für die nächste Zukunft unseres Vaterlandes von schicksalsschwerer Bedeutung sein

wird. Vielleicht wird auch für uns die Stunde kommen, in welcher die zu Beginn dieser Artikelserie ausgesprochene These, daß Außenpolitik Bündnispolitik ist, aktuelle Wahrheit wird.

Eröffnung des Sylter Damms

Bei einem anlässlich der Eröffnung des Sylter Bahndammes in Westerland veranstalteten Frühstück im Kurhaufe richtete Generaldirektor Dormmüller in herzlichen Worten eine Begrüßungsansprache an den anwesenden Reichspräsidenten. Er sagte u. a.: Der Damm ist für uns ein Symbol geworden, ein Symbol des Willens zum Leben. Wie dieser Damm hat auch das deutsche Volk schwere Stürme über sich ergehen lassen müssen. Auch das deutsche Volk hat in der Kriegszeit seinen schützenden Damm gehabt und dieser Damm war verkörpert in der Person unseres allverehrten Herrn Reichspräsidenten. Er war der Damm, der unerschütterlich in Zeiten des Aufbruches und der Wirren unbekümmert seiner Pflicht im Dienste des Vaterlandes nachging. Als das deutsche Volk ihn zu seinem Präsidenten erwählt hatte, hat er immer wieder und auch in den letzten Tagen erst wieder darauf hingewiesen, daß die Einigkeit der deutschen Stämme und die Befreiung von Brüderhaß und Parteienhaß den Schuttdamm bilden können gegen fremde Annäherungen und innere Wirren. Darum wolle er den neuen Damm auf seinen Namen taufen, er heiße „Hindenburg-Damm“.

Wiesentzler Dr. Ferg sprach hierauf dem Reichspräsidenten Dank und Glückwünsche der Reichsregierung für die Verknüpfung seines Namens mit diesem gewaltigen Werk deutscher Arbeit und Sinnbild der schöpferischen Kraft und Einigkeit Deutschlands. Namens des Reiches sprach Reichsverkehrsminister Dr. Koch, der u. a. ausführte, Sylt habe aufgehört eine Insel zu sein. In diesen wenigen Worten liege die Feststellung, daß die Bevölkerung Sylts wieder den Anschluß an deutschen Boden gefunden habe. Der preußische Innenminister Erzseinst betonte, daß die Beteiligung Preußens an den Kosten des Dammbaus gleichzeitig der Dank an Schleswig-Holstein sei für die bisherige, insbesondere in der Abstimmungszeit erwiesene große Treue.

Schon vor 50 Jahren wurde gefordert, daß Sylt mit einem Eisenbahndamm dem Festlande verbunden werde, um bequem von allen Seiten erreicht werden zu können, die Westerlander Seifaktoren teilhaftig zu werden wünschten. 1910 hat das Verkehrsministerium zum ersten Male Untersuchungen anstellen lassen, 1913 wurden die ersten Summen für Vorarbeiten zum Preußischen Landtage bewilligt. Die Ausführung des Entwurfs bereitete der Krieg. Der Kriegsausgang schuf in der deutschen Nordmark ganz neue Verhältnisse. Der bisherige Hafen Westerland auf dem Festlande, Hoyerstraße, ging an Dänemark verloren, der ganze Passagierverkehr zu Lande mußte durch den sogenannten dänischen Korridor gehen. Die Hälfte Sylts litt unter der neuen Grenze, die ihnen Paß- und Zollschwierigkeiten bescherte.

Die Reichsbahn griff die alte Vortriebsidee wieder auf. 1921 wurden die unterbrochenen Vorarbeiten wieder begonnen. Im Frühling 1923 begann dann der Kampf mit dem Battenmeer, um ihm die Schienen, die der Damm tragen sollte, aufzuwringen. Diese Ingenieurarbeit ist ein hohes Lied auf deutsches Können und deutsche Fähigkeit. Schon im Herbst 1925 war das Schwere geleistet, der Damm war ein ununterbrochenes Land geworden, die Feldbahn konnte zur Insel gelangen. Wohl verlustigen schwere, selten beobachtete Sturmfluten den Damm zu durchbrechen, er hielt jede Belastungsprobe aus und die notwendig werdenden Reparaturen hielten sich in den erwartenden Grenzen. Im Frühling 1927 wurde der Oberbau gelegt und nun in den letzten Tagen des Mai begannen Güterzüge zuerst und dann auch Passagierzüge den Damm zu befahren, um seine Festigkeit zu erproben.

Der Damm allein kostet 18,5 Millionen Mark, die ganze Strecke einschließlich der Bauten 25 Millionen. Die Dammkrone ist 11 Meter breit, sie kann später zweigleisig ausgebaut werden. Unten, da, wo der Damm im Watt aufsteht, ist er 50 Meter breit, sankt steigen also seine Pflanzen an, so daß seine Welle das Schienenbett erreichen kann. Die Dammkrone liegt fast 2 Meter höher als das höchste je in dieser Gegend gemessene Hochstwasser. 11 Kilometer ist der eigentliche Damm lang, in den hinein 3,2 Millionen Kubikmeter Bodmassen und 320.000 Tonnen Belagsteine verarbeitet worden sind.

Deutsche Waffentransporte nach China? Die Äußerungen des englischen Staatssekretärs Lampton über angebliche deutsche Waffentransporte nach China liegen in Berlin noch nicht vor. Es kam aber, wie den Blättern mitgeteilt wird, daran erinnert werden, daß bereits vor einiger Zeit von Seiten der Regierung im Reichstag erklärt worden ist, daß zwischen den deutschen Meereern ein Abkommen getroffen wurde, wonach sie von Waffentransporten nach China Abstand nehmen.

Die Sowjetvertreter verlassen am Freitag London. Der stellvertretende Sowjetgeschäftsträger, Rosengols, teilte in einem an Chamberlain gerichteten Schreiben mit, daß er selbst und ein Teil seines Stabes am Freitag, den 3. Juni, 11 Uhr vormittags aus London abfahren und der übrige Teil des Stabes sich am gleichen Tage früh einfinden werde. Der Vorsitzende der Handelsdelegation, Khintshul, und sein Stab wurden gleichfalls am Freitag morgen abfahren. — Moskau erklärte gestern im Plenum des Moskauer Sowjets zu dem englisch-russischen Bruch: Dieser sei der erste Schritt zum Krieg. Er sei letzten Endes kein Schlag gegen die Sowjetunion, sondern gegen England gewesen.

Verband badischer Gemeinden

Die Hauptversammlung des Verbandes bad. Gemeinden vom 29. Mai, über die wir vor kurzem berichtet haben, hat folgende Entschlüsse gefaßt:

1. Steuer- und Finanzwesen

Die Hauptversammlung lenkt erneut die Aufmerksamkeit der bad. Regierung und des bad. Landtags auf die besondere Notlage der leistungsschwachen Agrar- und Industriegebiete, die hauptsächlich durch den Abstieg von der landwirtschaftlichen Hochkonjunktur 1922 zu dem Tiefstand 1927, durch die ungünstige gewerbliche und industrielle Entwicklung auf dem Lande und durch den damit zusammenhängenden Rückgang der Steueranteile dieser Gemeinden aus den Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuern sowie dadurch verursacht ist.

a) daß viele dieser Gemeinden durch die Behebung der Wohnungsnot zu stark belastet sind, weil im ganzen % aller Industriearbeiter in den Städten arbeiten, aber auf dem Lande wohnen,

b) daß sie zu den Bau- und Unterhaltungskosten der Land- und Kreisstraßen, zum Fürsorgeaufwand und zu den Kosten der öffentlichen Arbeitsnachweise übermäßig beigezogen werden.

Die Hauptversammlung hofft, daß zur Linderung dieser Notlage der Schlüssel für die Verteilung der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuern entsprechend der Botschaft in § 4 des Gesetzes zur Übergangsregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden vom 9. April 1927, RGBl. I, Seite 91, zugunsten der Gemeinden unseres Verbandes erheblich verbessert wird.

Die Hauptversammlung beantragt, das Gesetz über die Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes vom 7. Juli 1926, Ges. u. VBl. Seite 125, statt auf 1. April 1926 erst auf 1. April 1927 in Kraft zu setzen, somit auf eine Durchführung der Veranlagung des Grundvermögens, des Gewerbebetriebs und des Gewerbetriebs für 1926 zu verzichten und die Steuerborauszahlungen für 1926 als endgültige Steuer zu erklären, da sonst ein verhältnismäßig und unständliches Verrechnungsverfahren notwendig wird. Gärten in der Steuerpflicht können die Gemeinden ausnahmsweise selbst ausgleichen.

Die Hauptversammlung fordert, daß bei Erlassung bzw. beim Vollzug des Grundsteuer-Nahmengesetzes (§ 4a des Gesetzes zur Übergangsregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden v. 9. April 1927 — RGBl. I, S. 91), eine schematische Beschränkung der Grund- und Gewerbesteuer sowie des Gebäudeertrags unterbleibt, da diese Steuern die Hauptstütze des Gemeindehaushalts bilden. Die Hauptversammlung bittet wiederholt und dringend um eine Änderung des Straßengesetzes im Sinne unseres Antrags an die Regierung vom 23. Dezember 1925 (Zeitschrift „Die Gemeinde“ 1926 S. 4/6, 1927 S. 83) mit der Wirkung, daß die Beiträge der Gemeinden zu den Bau- und Unterhaltungskosten der Land- und Kreisstraßen aufgehoben oder bedeutend ermäßigt und nach dem Verhältnis der Leistungsfähigkeit umgelegt werden.

Die Hauptversammlung fordert ferner, daß der dem Land zustehende Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer zwischen Land, Kreisen und Gemeinden nach dem Umfang des Straßenerhaltungsaufwandes verteilt wird.

Die Hauptversammlung beklagt sich sehr darüber, a) daß der Beitritt der Verbandsgemeinden zum Badischen Sparfassen- und Giroverband durch Festsetzung einer unerblicklich hohen Einzahlung an Betriebskapital abfichtlich erschwert wird, obwohl ca. 50 Landgemeinden als Garanten eigener Sparfassen und 636 Landgemeinden als Garanten von Bezirksparfassen für die Bad. Girozentrale haften, b) daß das Stimmrecht der Mitglieder je nach der Größe ungleich ist, so daß wenige Mitglieder in der Lage sind, die übrigen zu majorisieren, trotzdem die Haftung die kleineren Gemeinden im Ernstfall viel schwerer trifft, als die großen Gemeinwesen, c) daß die kleineren Gemeinden eine völlig ungenügende Vertretung in den Verwaltungsorganen haben.

Die Hauptversammlung erwartet, daß in Zukunft die Erhebung eines Betriebskapitals unterbleibt oder wenigstens an die Leistungsfähigkeit angepaßt wird, damit auch die Verbandsgemeinden in der Lage sind, ihre Geld- und Kreditbedürfnisse bei der Bad. Girozentrale als öffentlich-rechtlichen Geldanstalt zu befriedigen, daß das gleiche Stimmrecht für alle Mitglieder eingeführt, und daß den kleineren Gemeinden eine entsprechende Vertretung in den Verbandsgemeinden zugesichert wird.

2. Wohnungswesen

Die Hauptversammlung erachtet es für eine der dringlichsten Aufgaben von Regierung und Landtag, auch weiterhin alle Kraft an die planmäßige Beseitigung der Wohnungsnot zu setzen. Die Hauptversammlung hofft daher, daß Regierung und Landtag auch fernerhin bei Verteilung der Landesmittel aus der Gebäudebesondersteuer und der Mittel aus der Wohnungsbauanleihe auf die Wohnungs- und Finanznot der Landgemeinden, insbesondere auch der stark von Industriearbeitern bewohnten Gemeinden in der Nähe der Großstädte, besondere Rücksicht nehmen, zumal diese insbesondere dadurch hervorgerufen ist, daß % aller Industriearbeiter in den Städten arbeiten und dort Steuerwerte schaffen, aber auf dem Lande wohnen und hier nur erhebliche Aufwendungen für Wohnungen, Schulen, Straßen, Fürsorge usw. verursachen.

3. Fürsorgewesen

Die Hauptversammlung ist mit den Städten, Stadtgemeinden und Kreisen der Auffassung, daß die allgemeine Fürsorge eine ureigene Selbstverwaltungsaufgabe der Gemeinden ist, die auf Grund genauer örtlicher und persönlicher Kenntnis

nisse am besten in der Lage sind, die Unterstützungsanträge zu prüfen und zu entscheiden, sowie Mißbräuche im Unterstützungsverfahren zu verhindern. Die Hauptversammlung fordert daher die alsbaldige Rückgabe des Fürsorgewesens an die Gemeinden. Es ist nachgewiesen, daß die kleineren Gemeinden im Bezirksfürsorgeverband nicht etwa eine Entlastung durch die leistungsstarken Gemeinwesen erfahren, sondern noch finanziell an den Aufwendungen für diese leistungsstarken Gemeinden mittragen müssen, woraus zu schließen ist, daß sie im allgemeinen sehr wohl befähigt sind, eine den Richtlinien entsprechende ausreichende Fürsorge zu leisten.

Die Hauptversammlung fordert, daß auch der von den Gemeinden zu tragende Anteil an den Kosten der Krisenfürsorge (K) vom Reich übernommen wird, weil eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage nur langsam und sicherlich erst nach Jahren zu erwarten ist, und weil die Krisenfürsorge lediglich eine Fortsetzung der Erwerbslosenfürsorge bildet; auch können die Gemeinden unseres Verbandes im Hinblick auf die fortgesetzt noch stark ansteigende Zahl der Ausgesteuerten alle diese ungeheuren Lasten auf die Dauer nicht tragen.

Die Hauptversammlung geht im allgemeinen mit dem vorgesehenen Ausbau des Arbeitslosenversicherungsgesetzes hinsichtlich der Selbstverwaltung und Organisation einig, sie fordert jedoch, daß die Unterstützungsdauer und -sätze so bemessen werden, daß einerseits die Arbeitslosigkeit nicht beinträchtigt wird, andererseits aber auch die Gemeinden nicht durch ergänzende Fürsorge weitere Belastungen auf sich nehmen müssen. Die Erlassung des neuen Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist zu beschleunigen, damit es vor dem 1. Oktober 1927 noch in Kraft tritt.

4. Gebäudeversicherung

Die Hauptversammlung spricht sich aus Gründen der Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung und deshalb für die Beibehaltung des Inlageverfahrens und damit gegen die Einführung des Prämienverfahrens in der Gebäudeversicherung aus, weil eine wesentliche Lastverschiebung zwischen Stadt und Land nicht eintreten und demgemäß nur eine bedeutende Erhöhung des Verwaltungsaufwandes entstehen würde, die allen Gebäudeeigentümern zur Last fielen.

Politische Neuigkeiten

Zum Sieg der chinesischen Südruppen

„Daily Telegraph“ meldet zum Erfolg der Nationalisten: Die beiden Regierungen von Nanking und Canton haben sich in geschickter Weise aus ihrer schwierigen Lage gezogen. Sie haben trotz ihrer politischen Differenzen ihre militärischen Operationen bis zur Niederlage der Nordtruppen in Abreinkommung gebracht. Der russische General Galen hatte die Lage gerettet, indem er für die Heere von Nanking und Canton die Einheit des Befehls herstellte. Seine Operationspläne verdienen Bewunderung.

Der Rückzug der chinesischen Nordarmee über den Gelben Fluß (Hoang-ho) dauert an. Die Russen-Truppen haben die große Brücke von Tseui geplatzt, um den Durchgang von Booten zum Stehen zu bringen.

Die amerikanischen Marinekräfte in China sollen von Peking nach Tientsin gebracht werden.

Der neue Ministerialdirektor der Reichskasse. Wie das „B. Z.“ hört, ist in einer Besprechung der Reichsminister dieser Tage grundsätzlich beschlossen worden, den dem Zentrum angehörenden, in der Reichskasse tätigen Ministerialdirektor Dr. Effermann demnächst anderweitig zu verwenden und den Posten des Ministerialdirektors in der Reichskasse dem Ministerialrat v. Sagenow zu übertragen, der gegenwärtig im preussischen Finanzministerium tätig ist und der Deutschen Volkspartei nahesteht.

Näherziehung der Militärkontrollkommission in Bulgarien. Die Vorkonferenz hat beschlossen, vom 1. Juli ab das Liquidationsorgan der Militärkontrollkommission in Bulgarien aufzulösen, das bis zum 30. Juni dort verbleiben wird, um seine Schlussberichte abzuschließen und die Durchführung der noch in der Schwebelage befindlichen Fragen zu regeln und zu kontrollieren. Die Regierungen der Kleinen Entente haben diesem Beschluß zugestimmt.

Kurze Nachrichten

Danktelegramm des Papstes an den Reichskanzler. Reichskanzler Dr. Marx hat von Kardinalstaatssekretär Gasparri das folgende Telegramm erhalten: „Für die so herzlichen Wünsche dankend, sendet Se. Heiligkeit Ew. Exzellenz den Ausdruck seines väterlichen Wohlwollens und erbittet Gottes Hilfe für die Tätigkeit, die Sie dem Wohle Ihres edlen Landes geweiht haben.“

Überlassung von Kunstgegenständen an Polen. Die deutsche Regierung hat der polnischen Regierung einige Gegenstände von historischem Wert, die sich bisher in deutschem Besitz befanden und für die polnische Regierung von Interesse sind, übermittelt.

Direktor Dr. Cöner vom Luftschiffbau Zeppelin und der Delag ist mit dem Syndikus Dr. Schmid von seiner mehrwöchigen Amerika-Reise nach Friedrichshafen zurückgekehrt und hat seine Arbeit wieder aufgenommen.

Deutscher Schutzbund. In Anwesenheit von etwa 350 Delegierten wurde gestern die 8. Bundestagung der Deutschen Schutzbundes für das Grenz- und Auslandsdeutschtum in Regensburg eröffnet.

Die deutschen Jugendbünde. Nach einer Statistik des „Jugendführer“ befanden sich anfangs 1927 in den Händen der katholischen Jugendbewegung 1,3 Millionen, der evangelischen 600 000, der nationalen 500 000, sozialistischen, freigeistlichen und republikanischen 600 000 und der freien Jugendbewegung 80 000 Mitglieder, in der bürgerlichen Sportbewegung aber eine Million und in der Arbeiterportbewegung 400 000 Jugendliche.

Aus dem Vorschlag von Vorarlberg. Die Vorarlberger Landesregierung genehmigte, wie aus Bregenz gemeldet wird, den Rechnungsabluß für 1926, der einen Überschuß von circa 387 000 Schilling ergibt. Größere Beträge wurden als Rücklagen zurückgestellt, und zwar für die Rekonstruktion des Rheintales, für Wasser- und Straßenbauten, für Wohnbauten und zur Schaffung für Arbeitsgelegenheit.

Die innenpolitische Lage in Jugoslawien. Die Belgrader Zeitungen melden, die Kammer werde am 11. Juni aufgelöst werden und die Neuwahlen würden im September stattfinden. Als Ergebnis der Besprechungen zwischen der Regierung und den Führern der politischen Parteien wird das Kabinett durch Mitglieder der Mittelpartei und der Radikalen erweitert werden.

England und die albanische Frage. Im Unterhaus antwortete Chamberlain auf eine Anfrage, daß zwischen der britischen Regierung und Italien kein stillschweigendes Einverständnis bestehe, Italiens Ansprüche auf politischem, wirtschaftlichem und diplomatischem Wege zu unterstützen. Mussolini habe erklärt, die italienische Politik beruhe die Unabhängigkeit Albaniens nicht.

Die Beschwerde der Danziger Eisenbahner kommt erst auf der Septembertagung des Rößerbundes zur Verhandlung.

Neue Spannung zwischen Amerika und Mexiko. Der mexikanische Präsident Calles hatte vor kurzem den mexikanischen Regierungsvorstand verboten, amerikanische Waren zu kaufen. Dieses Verbot soll darauf zurückzuführen sein, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Ausfuhr von acht durch die mexikanische Regierung im Februar in Amerika bestellten Flugzeugen nicht zugelassen hat.

Der englisch-ägyptische Konflikt. In einer Erklärung Chamberlains im Unterhaus über den britisch-ägyptischen Konflikt, betonte der Minister das Interesse, das Großbritannien an der Verteidigung des Suezkanals habe. Es könne nicht zugelassen werden, daß Englands Interessen in Ägypten durch eine feindselige Meeresmacht erschwert werden.

Badischer Teil

Badischer Landtag

30. Sitzung

D. Karlsruhe, 2. Juni.

Präsident Dr. Baumgartner bringt bei Bekanntgabe der Eingänge eine Entschließung des gemeinsamen Bauauschusses des Bad. Industrie- und Handelstages und des Bad. Handwerkerstammtages über die Einführung der Reichsversicherungsordnung in Baden zur Beratung, ferner eine solche des Reichsverbandes des deutschen Gefrierfleisch-Einfuhr- und Großhandels betr. die Fleischsteuer, außerdem Entschließungen der Mietervereine Furtwangen, Lörrach und Mannheim, worin restlose Verwendung des Aufkommens aus der Mietpreiserhöhung für den Wohnungsbau verlangt wird.

Auf der Tagesordnung steht zunächst

die Errichtung einer Nebenveredelungsanstalt in Freiburg.

Dem Antrag des Berichterstatters, Abg. Weishaupt (Ztr.): „Der Landtag wolle genehmigen, daß das Hauptgebäude der Nebenveredelungsanstalt in Freiburg samt Schuppen mit einem Kostenaufwand von 88 700 M aus den für Förderung des Weinbaues und der Nebenbeschäftigtenbeschäftigung bereitgestellten Reichsmitteln errichtet wird“, wird ohne Debatte einstimmig zugestimmt.

Namens des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung erstattet Abg. Kühn (Ztr.) ausführlich Bericht über einen Antrag Dr. Wolfhard (Dem.) auf Vorlage eines Gesetzesentwurfes betr. Einföhrung folgender Abfates 4 zu § 12 des badischen Bedienstetengesetzes:

„Keiner Genehmigung bedarf die Übernahme öffentlicher Ehrenämter, des Amtes als Mitglied des Reichstages, eines Landtages, oder einer Gemeindevertretung, des Amtes als Beamtenvertreter, sowie die Betätigung in Berufsorganisationen und die Übernahme des Amtes als Vormund, Pfleger oder Beistand. Mit Rücksicht auf das von Reichs wegen zu erwartende neue Beamtengesetz und da in Baden bisher kein Anlaß zur Klage über den bestehenden Zustand laut geworden sei, außerdem die Reichs- und die badische Verfassung den Beamten schon genügend Schutz gewährten, beantragt der Ausschuß mit Mehrheit: Dem genannten Antrag des Abg. Dr. Wolfhard ist die Zustimmung zu verjagen. Zur Begründung seines Antrages erhält Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) das Wort. Er erinnert an das wechselvolle Schicksal des schon am 14. Mai 1926 eingebrachten Antrages und erklärt an, daß sich die Sachlage in dieser langen Zeit etwas geändert hat. Ob aber die neue Beamtengesetzgebung des Reiches in Wälde in Aussicht steht, sei füglich zu bezweifeln. Es liegt uns daran, die in der Verfassung gewährleistete Koalitionsfreiheit auch im Beamtengesetz festgelegt zu sehen.“

Abg. Ritter (Komm.) unterstützt den im Plenum wieder eingebrachten demokratischen Antrag. Finanzminister Dr. Schmitt betont: Die Koalitionsfreiheit der Beamten ist keineswegs bedroht. Genehmigungspflichtig ist lediglich eine etwaige Belohnung. Die vorgesehnte Behörde muß das Recht haben, zu prüfen, ob der Beamte Belohnung oder Ertrag seiner baren Auslagen erhält und inwiefern er etwa durch Nebenbeschäftigung seiner dienstlichen Tätigkeit entzogen wird. Die Bestimmungen unseres Beamtengesetzes sind durchaus klar.

Abg. Vosheims (Dem.): Wir wollen durch unseren Antrag 1. die Zusammenfassung aller einschlägigen Bestimmungen, 2. die Anwendung eines verfassungsmäßigen Grundgesetzes, auch im Beamtengesetz. Ob Belohnung oder Ertrag von Vorauslagen vorliegt, wird immer eine Ermessungsfrage sein.

Berichterstatter, Abg. Kühn, erklärt in seinem Schlusswort, daß ein Anlaß zur Änderung der Stellungnahme des Ausschusses nicht gegeben sei, die in seiner Weise eine Schädigung der Sache der Beamten darstelle. Der demokratische Antrag wird darauf gegen die Stimmen der Demokraten und Kommunisten abgelehnt.

Aber ein Gesuch des Dr. Voeters in Zwidau, das die Unfruchtbarmachung geistig minderwertiger gesetzlich zugelassen werden will, geht das Haus ohne Debatte gemäß dem Antrag des Berichterstatters Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) zu Tagesordnung über.

Eine kommunistische Anfrage

Abg. Schred (Komm.) begründet sodann folgende Förmliche Anfrage seiner Partei:

„Ist der Regierung bekannt, daß am 6. Mai anlässlich einer Demonstration der Mannheimer Arbeiter die Schupo gewalttätig gegen die Arbeiterschaft vorging und den Abgeordneten Sared sowie einen weiteren Arbeiter unter brutaler Gewaltanwendung verhaftete? Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um die schuldigen Beamten zur Rechenschaft zu ziehen und das Recht der freien Meinungsäußerung sowohl den Arbeitern wie den Abgeordneten zu sichern und den Bruch der Immunität der letzteren zu verhindern?“

Es handelt sich um Vorkommnisse bei der Abreise der Mannheimer Stahlhelmlente zum Berliner Stahlhelmtage. Im Auftrage des Innenministers Dr. Remmelte antwortet Oberregierungsrat Schöck. Das Verhalten der Polizei in Mannheim wird vom Minister des Innern gebilligt. Der Regierungsvertreter gibt eine Schilderung der Vorgänge am 6. Mai, denen eine wüste Hecke der Arbeiterzeitung vorausgegangen sei. Die Rede des Abg. Schred habe einen solchen aufreizenden Charakter getragen, daß zur Eskalation des Abg. Schred geschrieben werden mußte, der nach Feststellung seiner Personalien wieder freigelassen wurde.

Das Verlangen der Kommunisten auf Besprechung der Anfrage findet keine Unterstützung.

Alsdann werden einige Gesuche persönlicher Art nach den Ausschlußbeschlüssen erledigt.

Die Eingaben des Betriebsrats der Firma Gebr. Himmelsbach A.-G.

für das Werk Neuenburg und das Sägewerk Hohenheim werden der Regierung einmütig in dem Sinne empfehlend überwiesen, daß die Regierung in Verfolg ihrer bisherigen Haltung alle geeigneten Maßnahmen trifft, und bei der Reichsregierung dahin wirkt, daß im volkswirtschaftlichen und so-

zialen Interesse die badischen Werke im Rahmen des Gesamtunternehmens der Firma erhalten werden.

Am Schlusse der Vormittagssitzung berichtet Abg. Behringer (Bd. Bgg.) über die Erledigungsnachweisungen für die während des Landtages 1925/26 der Regierung überwiesenen Gesuche und Beschwerden. Bei Stimmenthaltung der 4 Kommunisten werden sie ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen.

Nächste Sitzung nachm. 4 1/2 Uhr.
Schluß 1/2 Uhr.

Der Fall Himmelsbach im Ausschuß für Gesuche und Beschwerden.

Der Ausschuß für Gesuche und Beschwerden des Landtages beschäftigte sich in diesen Tagen mit zwei Gesuchen der Betriebsräte Neuenburg und Hohenheim, die die Arbeitnehmervertretungen zweier badischer Werke der Firma Gebrüder Himmelsbach einreichten. In diesen Gesuchen wird Protest gegen den vom Reich, Preußen, Bayern und Hessen über die Firma Himmelsbach verhängten Postfakt erhoben. Der Badische Landtag und die badische Regierung wird dringend gebeten, im Interesse der Weiterbeschäftigung der in dem Werke noch tätigen Angestellten und Arbeiter alle geeigneten Maßnahmen im Lande und bei der Reichsregierung zu ergreifen.

Der Berichterstatter (Zentrum) legte die Entwicklung des wirtschaftlichen Niederganges der Firma mit den bekannten Holzlieb-Ergänzungsfällungen dar. Es sei allerdings nicht Sache, weder des Badischen Landtages noch der badischen Regierung, sich in das für und Wider dieser Dinge einzumischen, zumal noch im Augenblick die Firma Gebrüder Himmelsbach in Berlin einen Prozeß gegen Reich, Preußen, Bayern und Hessen führe. Eine Finanzierungsgesellschaft in Berlin hat einen Kreditfond flüssig gemacht, der es erlaubt, die vorhandenen Holzbestände in den Wäldern in die Werke abzuführen, so daß für die nächste Zeit eine Entlastung der Arbeiter wohl nicht in Frage steht. Im Interesse der badischen Wirtschaft, wie im Interesse der sonst arbeitslos werden Angeestellten und Arbeiter schlägt er (der Berichterstatter) empfehlende Überweisung und zwar in dem Sinne vor, daß die badische Regierung im Verfolg ihrer bisherigen Haltung alle geeigneten Maßnahmen treffe und auch bei der Reichsregierung dahin wirke, daß die badischen Betriebe im Rahmen des Gesamtunternehmens der Firma Gebrüder Himmelsbach A.-G. erhalten bleiben.

Diesem Vorschlag des Zentrums traten sämtliche Ausschußmitglieder bei.

Das badische Zentrum und Dr. Wirth

Die badische Zentrumsfraktion hat sich am Mittwoch auch mit den Vorgängen, die sich an dem Namen des Abg. Dr. Wirth knüpfen, eingehend beschäftigt. Sie war, wie der „Bad. Beob.“ mitteilt, in allen Teilen einmütig und geschlossen. In der Aussprache nahm auch der Abg. Dr. Schöfer, der Vorsitzende der badischen Zentrumsfraktion, teil. Aus der gepflogenen Aussprache teilt das Blatt u. a. mit:

„Der Reichstagsabgeordnete Dr. Wirth hat seinerzeit, und zwar allein von der Reichstagsfraktion des Zentrums, gegen die bestehende Reichsregierung gestimmt. Damit setzte er sich in einen gewissen Gegensatz zur Leitung der Gesamtfraktion in Deutschland, wie in Baden. Darüber wurde er vorher und nachher nicht im Zweifel gelassen. Daß in dem damaligen und seither fortgesetzten Verhalten ein tief bedauerlicher Widerspruch zur Parteidisziplin vorliegt, kann nicht bestritten werden. Nun fährt Dr. Wirth in seinen Reden auf Tagungen, die zumeist außerhalb des Zentrums liegen, fort, die bestehende Reichsregierung anzugehen, und ihren Sturz zu erstreben. Dabei gehören dieser neben dem 1. Vorsitzenden der Partei im Reich auch noch andere hervorragende Mitglieder der Partei an, Politiker, deren verfassungsmäßige republikanische Gesinnung nicht angezweifelt werden kann.“

Diese Sachlage zwang förmlich dazu, daß die erstberufene Sitzung der Partei schließlich eintritt und Herr Dr. Wirth durch einen Brief zur Verantwortung zog und zwar aus eigener Entschiedenheit. Dr. Wirth hat nun geglaubt, den Brief des Vorsitzenden der Deutschen Zentrumsfraktion in die Öffentlichkeit werfen zu sollen und das ohne jede Verständigung der Parteileitung in Reich und Land. Zu unserem Bedauern müssen wir auch in diesem Schritt etwas erblicken, was mit den Gesetzen der Parteidisziplin kaum mehr in Einklang gebracht werden kann. Es wären andere Wege möglich und wohl auch angezeigt gewesen.“

Sachlich wird man Herrn Dr. Marx nicht nachweisen können, daß irgendwo die bei Bildung der Reichsregierung aufgestellten Richtlinien bis jetzt verletzt worden wären und so die Belange der Republik tatsächlich in Gefahr gerieten. Das Gegenteil ist richtig. Die gesetzliche Fortdauer des Republikanischgesetzes bestätigt diese unsere Auffassung, um von anderem abzusehen.“

In dem Schritt des Herrn Marx sehen wir nicht einen Ausfluß von „Empfindlichkeit“, sondern den pflichtmäßigen Hinweis auf bestimmte Grenzen, die nun einmal von jedem Angehörigen des Zentrums, speziell auch von den Mandats-trägern zu respektieren sind. Darum hätte Herr Dr. Wirth eine wesentlich andere Folgerung aus dem Brief des Vorsitzenden der Deutschen Zentrumsfraktion ziehen und an die Stelle der Anklage von Ministern von heute wohl die der Selbstprüfung treten lassen sollen.“

Dr. Wirth meint: „Wenn also die Zentrumsfraktion glaubt, daß meine Oppositionsstellung mit der Zugehörigkeit zur Zentrumsfraktion nicht mehr vereinbar ist, so bitte ich um eine einfache klare Mitteilung.“ Es ist wiederholt auf Parteitagungen einmütig beschlossen worden, und auch Herr Dr. Wirth hat gegen diesen Grundsat nicht etwas einzuwenden gehabt: Das Zentrum muß nach allen Seiten eine Unabhängigkeit wahren und in freier Entschiedenheit seine politischen Wege nehmen. Es darf unter keinen Umständen weder nach der einen noch nach der anderen Seite festlegen und so seiner Freiheit sich berauben lassen. Minister und Kanzler, die dem Rufe der Partei folgen, und diesen Grundsat in Einklang mit der Parteileitung in Anwendung bringen, haben Anspruch darauf, hier den Schutz der Partei zu finden und sie werden ihn auch beim badischen Zentrum nicht vermissen. Die notwendige Mitteilung seitens des Zentrums kann, soweit Baden in auch im Zentrum Sinn und Verständnis für demokratische Frage kommt, nur lauten: Bitte, zur Zeit der Demokratie Grundsatze in der Partei. Bitte, keinen republikanischen Integralismus und keinen persönlichen parteipolitischen Absolutismus weder auf der einen noch auf der anderen Seite. Bitte, keine Sonderwege neben und außer der Partei, sondern mit beiden Füßen in der Partei. Bitte, der Eigenart und dem Temperament des einen in dem aufgezeigten Maßnahmen volle Bewegungsfreiheit, aber auch gleiches Recht den anderen. Für unsere Freunde in Stadt und Land wollen wir es ohne weiteres sagen, wir stehen, treu der Sitte unserer Väter, zu der alten Fährne, wir begrüßen es, wenn Herr Dr. Wirth Schulter an Schulter unter dieser mit uns feststen will. Er wird immer einen Platz haben, der seinen Talenten entspricht; allein in Baden ist man gewöhnt an ehrliche Demokratie und strikte Disziplin auch in der Zentrumsfraktion.“

Bürgermeisterwahl. Bei der Bürgermeisterwahl in Hambrücken (Bruchsal), wurde Josef Debatin mit 20 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Der Zentrumskandidat Wisch erhielt 26 Stimmen.

Ein Wettbewerb zur Verschönerung der Bahnanlagen

Einen großzügigen Wettbewerb, der sicher das allgemeine Interesse findet, veranstaltet die Reichsbahnverwaltung in diesem Jahre. Das gesamte Eisenbahnpersonal ist aufgefordert, an der Verbesserung des Landschaftsbildes zur Verschönerung der Bahnanlagen und an der gärtnerischen Ausschmückung der Bahnhöfe, Dienstwohnungen, Stellwerke usw. mitzuwirken. Hierdurch soll das Landschaftsbild der Bahnanlagen belebt und eine bisher vernachlässigte Seite des deutschen Fremdenverkehrs berücksichtigt werden. Bei dem Wettbewerb scheiden selbstverständlich die großen gärtnerischen Anlagen aus, die von der Reichsbahn selbst unterhalten werden. Im ganzen sind 1700 Geldpreise in einem Gesamtwert von 25 000 M. ausgesetzt, die nach dem 15. August zur Verteilung gelangen.

Tagungen

Hauptversammlung des Bad. Verkehrsverbandes. Die diesjährige Jahresversammlung des Badischen Verkehrsverbandes, der auf sein 21jähriges Bestehen zurückblicken kann, findet am 25. und 26. Juni in Baden-Baden statt.

Vollversammlung des Verkehrsverbandes für die Kraichgaubahn. Der Verkehrsverband für die Kraichgaubahn wird am Donnerstag, den 9. Juni, nachmittags 1/3 Uhr im Rathausaal in Durlach seine Vollversammlung abhalten.

Der Rheinschiffahrtsverband Konstanz e. V. hält am 12. Juni in Regens seine 12. ordentliche Hauptversammlung ab, in der auch über den Stand der Oberrhein-Regulierung referiert werden wird, ebenso über die Regulierung des Rheins zwischen Albstadt und Bodehe. Der gefällige Teil sieht auch einen Ausflug mit der Pfänderbahn vor.

Katholikentag in Mannheim. Am Sonntag, den 26. Juni, findet in Mannheim ein großer Katholikentag statt. Erzbischof Dr. Karl Frits wird in der Sankt-Elisabeth-Kirche ein Pontifikalamt zelebrieren.

Vollständiges evangelisches Sozialisten. Auf der in der vergangenen Woche in Karlsruhe abgehaltenen Landesversammlung waren Vertreter aus ganz Baden anwesend. Es wurde mitgeteilt, daß nach dem Geschäftsbericht bei den letzten Wahlen sich die Stimmen des Volkskirchenbundes um über 100 % erhöht hätten. Ein dieses Reich von Vertrauensleuten sei über ganz Baden ausgebreitet. Von der guten Entwicklung der von dem Bund herausgegebenen Zeitung habe man nunmehr auch an die Gründung eines eigenen Buchverlages gehen können. Der bisherige Vorsitzende, Dr. Dietrich, Karlsruhe, wurde einstimmig wiedergewählt.

Vereinigung der Gemeindevorstände des Bezirks Tauberbischofsheim. In Tauberbischofsheim fand dieser Tage eine Versammlung der Gemeindevorstände des Bezirks statt, bei der 31 Gemeinden vertreten waren. Zweck der Versammlung war die Gründung einer Gemeindevorstandvereinsung zur Wahrung der Interessen und Selbstständigkeit der Gemeinden.

Lohnbewegungen in Baden

Lohnverhandlungen für die Kleinbahnen und Privatbahnen. Bei der am 31. Mai stattgefundenen Verhandlung vor dem stellvertretenden Schlichter, Oberregierungsrat Dr. Gähner, kam eine Einigung zustande, nach der sich die bisherigen Löhne vom 1. Mai 1927 ab um 4 bzw. 5 Proz. und vom 1. Oktober 1927 ab um einen weiteren Pfennig erhöhen. Auch die Ortszulagen wurden erhöht. Die Regelung gilt bis zum 30. April 1928.

Verdächtiger Besitz

Bei einem Hauszerer wurde eine goldene Perlenreihentourne vorgefunden, über deren rechtmäßigen Erwerb er sich nicht ausweisen konnte. Es wird vermutet, daß die Uhr aus einer Diebstahlsache stammt. Die Uhr hat auf der Außenseite des Sprungdeckels ein Monogramm „R. R.“ auf der Innenseite die Nr. 2008, im Rückendeckel die Nr. 442 008 und den Stempel 0,585, auf dem zweiten Rückendeckel ist der Name „G. Dürr“ eingraviert und ferner die Widmung C. Weinhäus f. 16. Baden z. Erg. an die erste heilige Kommunion am 8. Mai 1902. Eigentumsansprüche sind anzumelden beim Badischen Landespolizeiamt in Karlsruhe, Bezirksamtsgebäude, Zimmer 70 (auch schriftlich).

Der Bürgerausschuß Rehl hat in seiner letzten Sitzung mit 54 gegen 16 Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung und Kommunitäten die Aufnahme eines Kredits von 18500 M. zum Ausbau der Stadthalle genehmigt. Der Handwerkerbaugenossenschaft wird das Erbaurecht für drei Grundstücke an der Luisen- und Karlstraße zugestanden. Der Bürgerausschuß hat ferner durch Beschluß den gemischt beschließenden Ausschuß aufgehoben.

Historisches Kammerkonzert im Bruchsaler Schloß. (11., 12. und 13. Juni 1927). Dr. K. sagte über das Bruchsaler Kammerkonzert 1925, und das gilt heute noch in gleichem Maße: „Die Musik verlangt ihren eigenen Raum. Wir musizieren nicht mehr in den Räumen, die sich selbst ihre Musik geschaffen haben. Wie anders erscheint das alles an „Ort und Stelle“! Es war wirklich nicht der Reiz des Gefälligen, was den Hören bei dem Kammerkonzert im Bruchsaler Schloß entzückte, es war vielmehr jenes, von der Räumlichkeit in unwägbarer Sinn abhängige Erklingen zwei Jahrhunderte alter Musik in der Einheit von Art und Klang, die das Geheimnis einer solchen, wirklich vom Geist vergangener Zeit durchdrungenen Erinnerung bleibt. Alles, was hier zusammenwirkt, gibt dem Eindruck Steigerung und Wirkung: die Gemälde dieses kleinen, aber unerreicht stilreinen Bruchsalers, darunter das Bild des Schloßbegründers, des Kardinals Damian Hugo von Schönborn, die Deckengemälde, das Licht, die trauliche Ruhe, vor allem jedoch jener Einklang von Raum und Ton, der das Weibende an der Wirkung dieser gehaltenen Veranstaltung bedeutet. Ein Kammerorchester versammelt sich im Hofsaal um den Dirigenten, der am Cembalo sitzt; selbst diese kleine Wunderinstrument weist hin auf schmerzliche Tradition, stammt es doch ursprünglich von dem feinerzeit hochberühmten Klavier- und Orgelbauer Johann Andreas Stein; dieser, vor rund zweihundert Jahren geborene Sohn Badens, hat außer vielen Organen etwa 700 Klaviere gebaut. — Auch die aufstrebende Sängerin erscheint als Hofdame; die Blumen, die sie erhält, überreicht ihr ein schmerzlicher Rege.“

Beethovenfest in Heidelberg. Die Stadt Heidelberg beabsichtigt, den 100. Todestag Beethovens durch ein großes Fest zu begehen. Die Feiern haben am Dienstag mit einem akademischen Festakt begonnen. Ihr künstlerischer Leiter ist Kurt Wängler.

Frits von Ostini

In Böding am Starnberger See bei München ist der frühere Herausgeber der „Jugend“, Frits von Ostini, im 66. Lebensjahre einem Schlaganfall erlegen. Ostini leitete seit 1882 die Revuekollektion der „Münchener Neuesten Nachrichten“. 1896 übernahm er die Schriftleitung der Münchener „Jugend“.

Gemeinde-Rundschaue

Die Schülerzahl in den Karlsruher Volksschulen. Das Stadtschulamt Karlsruhe berichtet über den Besuch der städtischen Volksschule bei Beginn des Schuljahres 1927/28 (die in Klammern beigefügten Zahlen geben den Stand zu Beginn des vorhergehenden Schuljahres an): Die Zahl der Anfänger beträgt 2708 (2506). Die gesamte Volksschule, einschließlich der Hilfsschule, Sprachheil- und Sonderschule, zählt 380 (369) Klassen mit 12761 (12092) Schülern. Von den 12761 Schülern besuchen die Volksschule 12455 (11754), die Hilfsschule 208 (231), die Sonderschulen- und Sprachheilschule 103 (107). Die allgemeine Fortbildungsschule besuchen 684 (684) Knaben und 1937 (2179) Mädchen, die Frauenarbeitschule (Sofienchule) 395 (384) Mädchen. Am Knabenhandfertigkeitunterricht nehmen 1863 (1900) und an den französischen Sprachkursen 142 (321) Volksschüler teil. Die Zahl der Lehrkräfte beträgt 467 (468) und zwar 372 (372) für den Elementarunterricht, 47 (48) für den Fortbildungsunterricht und 48 (48) für den Handarbeitsunterricht an der Volks- und Sofienchule.

Wohnungszählung in Balldorf (Wiesloch). Die Wohnungszählung in der Stadt Balldorf, die über 4000 Einwohner zählt, ergab folgendes: Es waren vorhanden: bewohnte Wohnungen 1019, leerstehende 4, Haushaltungen 1037, Familien 1093 und Wohnung suchende Familien 27.

700jähriges Stadtjubiläum von Ettlingen. Das Festprogramm der 700-Jahrfeier der Stadt Ettlingen sieht eine Reihe von Veranstaltungen vor. Eingeleitet wird die Feier durch einen Festakt in der Festhalle am Samstag, den 25. Juni, abends. Am Sonntag finden in der katholischen und in der evangelischen Kirche Festgottesdienste statt, darauf um 11 Uhr vormittags im Rathausaal feierliche Begrüßung der Vertreter der Behörden. Gegen 12 Uhr mittags erfolgt die Enthüllung des Kriegerehdenkmals auf dem Rathausplatz. Im Mittelpunkt der weiteren Veranstaltungen des Tages steht die Darbietung des Festspiels „Der Schultheiß von Ettlingen“ von Wilhelm Meißner. Ein Fackelzug und Illumination wird die altromantische Jubelfeier im Lichterglanz erstrahlen lassen. Den Abschluß der Feier bildet ein Karneval in der Festhalle.

Die Ferngasversorgung Vörrach-Baldshut. Ein Vertrag zwischen dem Ferngasverband Oberhein, der Waldshut, der Badischen Gas- und Elektrizitätsversorgung A.-G. Vörrach, ist nun abgeschlossen und für den Verband von Direktor Gortler, Waldshut, und Leber, Wehr, für die genannte Gesellschaft von den Vorstandsmitgliedern Direktor Böttger und Direktor Krüger unterzeichnet worden. Zu dem erwähnten Verband gehören zunächst die Gemeinden Wehr, Oberdingen, Murg, Mins, Kleinlautenbach, Albrunn, Waldshut und Tengen. Der Ferngasverband überträgt genannter Gesellschaft den Bau der gesamten Anlagen sowie die Betriebsführung und Gaslieferung. Der Gasverkauf an die Abnehmer in den einzelnen Gemeinden erfolgt durch den Verband, welcher das Gas als Großabnehmer von Vörrach bezieht. Mit den Rohrverlegungsarbeiten wird bald begonnen und dadurch einer großen Anzahl von Erwerbslosen Arbeitsmöglichkeit geboten werden.

Die Freiburger Gemeindebeiräte. Die letzte Stadtratssitzung in Freiburg i. Br. beschäftigte sich u. a. mit der zur Übergangsregelung des Finanzausgleichs an Stelle der bisherigen Getreidesteuerordnung neu zu erlassende Gemeindebeiräteverordnung. Diese wurde mit der Maßgabe genehmigt, daß sie mit dem 1. Juli 1927 in Kraft tritt. Danach beträgt die Beiräte vom 1. Juli 1927 ab 7 Proz. des Herstellerpreises. Die Gemeindebeiräte von Wein und Brauntwein ist mit dem 31. März 1927 endgültig in Wegfall gekommen.

Der Stabrat Konstanz hat die Anschaffung einer autonomen Drehleiter für die Feuerwehr mit einem Aufwand von etwa 30 000 M. beschlossen. Die Landesfeuerwehrunterstützungskasse hat einen Zuschuß von 10 000 M. in Aussicht gestellt. — Für die Verlegung eines weiteren Speisefahrs vor dem Münster werden 14 000 M. ausgeworfen und für die Verbesserung desselben 5 000 M. — Der Ortsteil Egg soll an das Gasleitungsnetz angeschlossen werden, was 21 000 M. ausmachen wird.

Aus der Landeshauptstadt

Der 22. Deutsche Geographentag

Dem am 7. bis 9. Juni in Karlsruhe stattfindenden 22. Deutschen Geographentag wird in den wissenschaftlichen Kreisen steigende Beachtung entgegengebracht. Soll doch auf dieser Tagung das Ergebnis der wichtigsten neuen Forschungen der letzten Jahre der Vermählung der verschiedensten Sachkennner vorgelegt werden. Unter den Forschungsreisen wird die durch China, die Prof. Dr. Schmittner, Heidelberg, in d. J. 1925/26 durchgeführte hat, besonders im Hinblick auf das Erwachen des großen chinesischen Volkes, aktuelles Interesse bieten. Genugung und berechtigten Stolz darf das deutsche Volk über die glückliche Vollendung der zweijährigen Fahrt des „Meteor“ empfinden, bei der die Verhältnisse der fälschlichen Atlantik in hydrographischer, biologischer, geologischer und meteorologischer Hinsicht in einer bisher noch nie erreichten Gründlichkeit erforscht werden konnten. Kapitän F. Spieß wird unmittelbar nach seiner Heimreise auf dem Deutschen Geographentag über diese außerordentlich schwierige und erfolgreiche Forschungsreise berichten. Wertvoll wird ein Bericht des Prof. Dr. Meising, Münster, über seine Reise in die japanischen Sphen sein. Prof. Dr. Schmeider aus Karlsruhe wird die Entwicklung der Kampa als Kulturlandschaft darlegen. Das Bild der Sierra Madre de Chiapas und Landschaften der Insel Krete und Mittelägypten wird von den deutschen Forschern dieser Gebiete entrollt werden.

Den Abschluß der Tagung bildet ein großer Oberheimscher Heimatabend, auf dem den Teilnehmern ein Stück südwestdeutscher Heimatkultur gezeigt werden soll. Es werden Trachten aus dem Saarland, der Pfalz und dem Schwarzwald, sowie aus dem Markgräfler Lande zu dem Heimatabend kommen und in Wort, Lied, Tanz und Spiel wird gezeigt werden, wie im Südwesten des Reiches die Stammesgenart getrachtet wird.

Im Anschluß an die Verhandlungen werden eine Reihe wissenschaftlicher Ausflüge unternommen. Die Teilnehmer des Geographentages können unter 8 Ausflügen, die sämtlich am Freitag, den 10. Juni beginnen, wählen. Der erste Ausflug ist dreitägig und führt ins Saargebiet. Ebenfalls dreitägig ist der Ausflug in den südlichen Schwarzwald und zum Kaiserstuhl. Zweitägige Ausflüge sind in die Südpfalz, Mannheim-Heidelberg-Neckartal, und in den nördlichen Schwarzwald vorgesehen. Für die Teilnehmer, die nur zu einem kurzen Ausflug Zeit haben, ist Gelegenheit gegeben, eintägig den nördlichen Schwarzwald oder den Kr. i. g. g. oder Stuttgart kennen zu lernen.

Auszeichnung. Der Senat der Technischen Hochschule Karlsruhe hat auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Chemie Geheime Rat Professor Dr. med. h. c. Theodor Curtius in Anerkennung seiner bahnbrechenden Entdeckungen auf dem Gebiet der Chemie des Stickstoffs und seiner Verdienste um die Sprengstofftechnik die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen.

Auf eine 40jährige Dienstzeit im Dienste der Deutschen Reichspost konnte am 1. Juni Postamtmann Kommel zurückblicken. Auf Wunsch des Jubilars, wurde von einer besonderen amtlichen Feier abgesehen. Das Glückwunschschreiben des Reichspräsidenten, der Dank und die Anerkennung des Reichspostministers und der Oberpostdirektion Karlsruhe wurden dem Jubilare durch den Präsidenten der Oberpostdirektion übermittelt. Dem sehr verdienten Beamten, der auch Mitglied der Reichsdienstleistungs-Kammer in Karlsruhe ist, gingen zahlreiche Glückwünsche aus nah und fern zu.

Gültigkeit der Sonntagskarten über Pfingsten. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß für den Pfingstverkehr Sonntagskarten bereits ab Freitag, den 3. Juni, mittags 12 Uhr ausgegeben werden. Von diesem Zeitpunkt an berechnen sie zur Hinfahrt am Freitag, Samstag, Pfingstsonntag und Pfingstmontag. Zur Rückfahrt gelten die Karten jedoch nur am Pfingstsonntag, Pfingstmontag und Dienstag bis 9 Uhr vormittags. Die Rückfahrt muß auf der Zielstation der Fahrkarte am Dienstag spätestens bis 9 Uhr vormittags angetreten sein und darf nach dieser Zeit nicht mehr unterbrochen werden. Bei Zugwechsel ist der nächste anschließende Eil- oder Personenzug zu benutzen. — Während des Pfingstverkehrs, und zwar einschließlich von Pfingstsonntag bis Pfingstdienstag, sind sämtliche Schnellzüge für die Benutzung mit Sonntagsrückfahrkarten ausgeschlossen.

Ausflugsonderzug nach dem Schwarzwald. Wie bereits bekanntgegeben, verkehrt im Sommerfahrplan vorläufig an jedem ersten Sonntag der Monate Juni—Oktober ein neuer Schwarzwald-Ausflugsonderzug von Mannheim über Heidelberg—Bruchsal—Karlsruhe (mit Anschluß von Forstheim) nach dem nördlichen Schwarzwald über Offenburg mit Anschluß nach dem Schwarzwaldbahn, in Freiburg Übergang nach Südbaden und Fortsetzung nach der Höhenalb nach Seeburg (St. Blasien). Hierdurch ist eine günstige Ausflugsmöglichkeit geschaffen, die hoffentlich zu einer ständigen Einrichtung werden wird. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Zug zum ersten Male am Pfingstsonntag, den 5. Juni und am Pfingstmontag, den 6. Juni, gefahren wird. In beiden Tagen besteht fahrplanmäßige Rückfahrmöglichkeit. Im Interesse der glatten Abwicklung des zu erwartenden starken Pfingstverkehrs liegt es, wenn dieser Zug von den Ausflüglern benutzt werden würde, um dadurch die anderen Kurzüge zu entlasten.

Badisches Landestheater. Am Sonntag, den 5. Juni, geht im Konzerthaus erstmals der Schwanz „Mein Vetter Eduard“ von Ralph Arur Roberts, dem bekannten Berliner Charakterkomiker, in Szene. Er verleiht so wenig wie „Eidpfeil“ die Urheberschaft von Leuten, die ihr Handwerk verstehen und die hinreichende Komik dieser Komik wird sicherlich nicht hinter der elementaren Wucht von „Eidpfeil“ zurückbleiben, zumal Paul Müller hier wie dort die Hauptrolle verkörpert. Die Inszenierung besorgte Dr. Storz. — Für Pfingstmontag, den 6. Juni, wird Boieldieus komische Oper „Die weiße Dame“ vorbereitet. Die Einstudierung dieser reizenden Spieloper bietet Gelegenheit, den mit Ende dieser Spielzeit auscheidenden Robert Bus, noch einmal in einer seiner Spielrollen zu hören. Das Werk, das sechs Jahre hier nicht mehr gegeben wurde, gehört zu den Meisterwerken der französischen komischen Oper und erfreut sich seit seiner Entdeckung der größten Beliebtheit.

Badische Lichtspiele im Konzerthaus. „Lederstrumpf“, Wildtötters Kampf um das Blockhaus im See. Diese weiterverbreitete Jugendschrift Coopers ist für den Film bearbeitet worden, und das mehrstellige Filmwerk wird nunmehr in den Bad. Lichtspielen vorgeführt. Die spannende Handlung findet natürlich großes Interesse bei der stark vertretenen Jugend. Der Kampf zwischen der roten und weißen Flotte ist in interessanten Bildern veranschaulicht. In filmtechnischer Hinsicht ist die Aufmachung und Darstellung nur zu loben. Der Film „Kreuzworträtsel 5“ ist wieder sehr unterhaltend. Schön und humorvoll sind hier die verschiedenen Bilder zusammengestellt. Ein weiterer Beifilm hat hygienischen Inhalt. In recht interessanten Aufnahmen zeigt uns dieser Film, welche gesundheitlichen Schäden der Genuß „ungedankener“ Obstes bringen kann. Die Obst-Wachenschau übermitteln die neuesten Begebenheiten im Bild. Somit ist wieder ein reichhaltiges und interessantes Programm zusammengestellt.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 2. Juni. Der bekannte Mannheimer Rechtsanwalt Dr. Viktor Rosenfeld konnte gestern sein 50-jähriges Jubiläum als Rechtsanwalt beim Landgericht Mannheim feiern.

D3. Freiburg i. Br., 1. Juni. Das Unterrichtsministerium hat Generaldirektor Dr. Kengenheister vom Badischen Bauernverein einen Lehrauftrag für Genossenschaften an der Universität Freiburg erteilt.

D3. Freiburg i. Br., 1. Juni. Die Fluglinie Freiburg—Stuttgart und umgekehrt erfreut sich einer sehr regen Benutzung, wie man sie vielfach garnicht erwartet hatte. Das Flugzeug wurde im Mai bei einer täglichen Hin- und Rückfahrt von 201 Personen benutzt, es wurden befördert 1185 Kilo Gepäck, 65,9 Kilo Fracht und 17,764 Kilo Post.

D3. Säckelheim, 1. Juni. Die ersten Frühfrüchten sind hier geerntet worden. Der Anfall ist aber nicht so ergiebig, wie man nach der Witterung erwarten konnte.

*** Speyer, 1. Juni.** Ein Auto der Karlsruher Bergbahngesellschaft ist über den Berg bei der Fahrt von Speyer nach Bantzen Gier stürzen in den Straßengraben und sind zum größten Teil zerbrochen. Der Chauffeur und sein Begleiter erlitten leichtere Verletzungen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	2. Juni		1. Juni	
	Geb.	Brief	Geb.	Brief
Amsterdam 100 G.	168.60	169.10	168.74	169.08
Kopenhagen 100 Kr.	112.67	112.89	112.64	112.86
Italien . . . 100 L.	23.68	23.72	23.21	23.25
London . . . 1 Pf.	20.476	20.516	20.476	20.516
Newyork . . . 1 D.	4.214	4.224	4.2155	4.2235
Paris . . . 100 Fr.	16.50	16.54	16.505	16.545
Schweiz . . . 100 Fr.	81.105	81.265	81.095	81.255
Wien 100 Schilling	59.32	59.44	59.31	59.43
Prag . . . 100 Kr.	12.489	12.509	12.487	12.507

Der Rheinhafen bei Klein-Göningen. Bei der Bundesversammlung wird, nach einer Meldung aus Fern, vom Schweizer Bundesrat die Bewilligung einer Nachsubvention für den Ausbau des Rheinhafens bei Klein-Göningen beantragt. Darnach wird dem Kanton Basel für den Ausbau des rechteufrigen Rheinhafens bei Klein-Göningen ein Bundesbeitrag von 50 Prozent der auf 4 195 000 Franken veranschlagten, früher schon erteilten und noch auszuführenden Bauten zugewiesen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Nach Abzug des gestern noch über Frankreich gelegenen Teilwobels in nördlicher Richtung besteht heute über dem ganzen europäischen Festland nur geringer Druckunterschied. Der hierdurch bedingte Mangel einer einheitlichen und durchgreifenden Strömung begünstigt bei uns weiterhin die Gewitterbildung, da über England mit der aus Nordwesten eingebrachten Kaltluft neuer Druckanstieg eingetreten ist und das russische Hochdruckgebiet sich wieder nach Osten verlagert hat, besteht für uns in den nächsten Tagen Aussicht auf kühlere und schlechtere Witterung infolge westlicher Luftzufuhr. Voraussichtliche Witterung für 3. Juni: Zeitweise wolfig und noch weitere Gewitterregen mit nachfolgender Abkühlung.

Staatsanzeiger

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlagslisten für die Weisiger der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte (§§ 20 und 37 des Arbeitsgerichtsgesetzes).

Das Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. Dezember 1926 tritt am 1. Juli 1927 in Kraft. Gemäß §§ 20, 37 des Gesetzes werden die Weisiger für die Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte von der höheren Verwaltungsbehörde, das ist in Baden der Landeskommissar, im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Landgerichts, bei dem das dem Arbeitsgericht übergeordnete Landesarbeitsgericht errichtet ist, auf die Dauer von 3 Jahren berufen. Die Weisiger sind im angemessenen Verhältnis unter Billiger Berücksichtigung der Rinderheiten aus den Vorschlagslisten zu entnehmen, die von dem im Gerichtsbezirk bestehenden Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und von den öffentlich-rechtlichen Körperschaften (Reich, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts) eingereicht werden. Die Voraussetzungen für das Weisigeramt sind in §§ 21-23, 37 des Gesetzes enthalten. Ich fordere hiermit die vorschlagsberechtigten wirtschaftlichen Vereinigungen und öffentlich-rechtlichen Körperschaften der nachfolgenden Gerichtsbezirke auf, mir bis zum 20. Juni 1927 Vorschlagslisten einzureichen. Jede Vorschlagsliste muß mindestens die für jede der nachfolgenden Kammern genannte Zahl von Weisigern enthalten. Es empfiehlt sich die Zahl der vorzuschlagenden Personen um die Hälfte höher zu bemessen als die Zahl der Weisiger.

- Es werden benötigt:
- Für die Arbeitsgerichte in:**
 - Offenburg:** für die Arbeiterkammer: je 8 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für die Angestelltenkammer: je 8 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für das Handwerksgericht: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer;
 - Lahr:** für die Arbeiterkammer: je 8 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für die Angestelltenkammer: je 8 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer,

- für das Handwerksgericht:** je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.
 - Wolfach:** für die gemeinschaftliche Kammer für die Streitigkeiten der Arbeiter und Angestellten: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für das Handwerksgericht: je 3 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.
 - Triberg:** für die gemeinschaftliche Kammer für die Streitigkeiten der Arbeiter und Angestellten: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für das Handwerksgericht: je 3 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.
 - Freiburg:** für die Arbeiterkammer: je 8 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für die Angestelltenkammer: je 8 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für das Handwerksgericht: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.
 - Bruchsal:** für die Arbeiterkammer: je 8 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für die Angestelltenkammer: je 8 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für das Handwerksgericht: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.
 - Neustadt:** für die gemeinschaftliche Kammer für die Streitigkeiten der Arbeiter und Angestellten: je 4 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, für das Handwerksgericht: je 3 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.
- II. Für die Landesarbeitsgerichte in**
- Offenburg:** je 8 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer,
 - Freiburg:** je 8 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer.
- Die Vorschlagslisten müssen enthalten:
- Den Vor- und Familiennamen, Geburtsort, Beruf, (bei Erwerbslosen den letzten Beruf) und Aufschrift der vorgeschlagenen Personen.
 - Die Angabe, seit welcher Zeit die vorgeschlagenen Personen im Bezirk des Arbeitsgerichts (Landesarbeitsgerichts) als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer tätig sind oder diesen Personen gleichstehen.
 - Die Bezeichnung der wirtschaftlichen Vereinigung oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts, für welche die Vorschlagsliste eingereicht wird.
 - Die Unterschrift der zur Einreichung der Vorschlagsliste berechtigten oder bevollmächtigten Person unter Angabe von Ort und Tag.
- Den Vorschlagslisten für die sämtlichen Kammern zu I und II auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite getrennt einzureichen sind, sind beizufügen:
- Die Erklärungen der vorgeschlagenen Personen
 1. daß sie deutsche Reichsangehörige sind und
 2. daß sie zur Übernahme des Weisigeramtes bereit sind oder aus welchen Gründen sie die Berufung ablehnen wollen,

b) die Feststellung

- daß den vorgeschlagenen Personen die bürgerlichen Ehrenrechte oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht aberkannt sind,
- daß gegen sie kein Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann, und
- daß die vorgeschlagenen Personen nicht infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

c) eine Bescheinigung der die Vorschlagsliste einreichenden wirtschaftlichen Vereinigung und zwar bei den Arbeitgebervereinigungen und Körperschaften des öffentlichen Rechts über die Zahl der von ihren Mitgliedern bzw. von ihnen im Bezirk des Arbeitsgerichts beschäftigten Arbeitnehmer, bei den Arbeitnehmervereinigungen über die Zahl ihrer Mitglieder im Bezirk des Arbeitsgerichts. Soweit getrennte Vorschlagslisten einzureichen sind, müssen die Weisiger der betreffenden Berufs- oder Fachgruppe angehören, für die die Kammer gebildet ist, bei der Arbeiter- und Angestelltenkammer jedoch nur die Arbeitnehmerbeisitzer.

Die vorgeschlagenen Personen sind in der Reihenfolge aufzuführen, in der sie bei der Berufung berücksichtigt werden sollen.

Freiburg i. Br., 28. Mai.
Der Badische Landeskommissar
für die Kreise Freiburg, Bruchsal und Offenburg.
Dr. Schneider

Bekanntmachung
Dem Badischen Krüppelfürsorgeverein in Heidelberg wird zu einer Haus- und Stoffsammlung zugunsten der Errichtung eines Krüppelheimes und der allgemeinen Krüppelfürsorge in jederseits widerprüflicher Weise Genehmigung nach der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 (RGBl. S. 143) und der Badischen Ausführungsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 (G. u. VOBl. S. 49) erteilt. Die Stoffsammlung findet am Sonntag, den 17. Juli 1927, die Hausammlung in der mit diesem Sonntag beginnenden Woche statt.

Karlsruhe, den 31. Mai 1927.
Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach

Dem Münsterbauverein Überlingen wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung seiner 15. und 16. Geldlotterie erteilt.
Karlsruhe, den 30. Mai 1927.
Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach

Personeller Teil
Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der Planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:
Prinzipalassistent Karl Seyboth in Mannheim zum Kriminalsekretär.

Schlafzimmer
in weiß u. farbig lackiert,
Schleiflack
Eiche
Nußbaum
Kirschbaum
Mahagoni
Birke

Wohnzimmer
in
Eiche, Birke
kauk. Nußbaum
Kirschbaum

Herrenzimmer
in
Eiche, Birke
kauk. Nußbaum
kombiniert

Tochterzimmer
in
Weißlack und
elfenbein
Schleiflack

Fremdenzimmer
in
lackiert u. Eiche

Küchen
in poln. Kiefer
Bukowina
Fichte, Carolina
pine
weiß
Emaillack und
nat. lasiert

Wirtschaftsbedarf
in Tischen und
Bestuhlungen

Clubmöbel

Veranda- und Gartenmöbel

Dielenmöbel

Flurgarderoben

Korbmöbel

Chaiselongues

Sofas

Einzelmöbel

Hausrat

Kunst

Kunstgewerbe Einzelanfertigungen
nach gegebenen Entwürfen

Ca. 25 000 Besucher
in den letzten Monaten hat meine räumlich und inhaltlich bedeutend vergrößerte

Dauer-Möbelschau

KARLSRUHE
im Markgräflichen Palais am Rondellplatz
aufzuweisen - Der stetig steigende Umsatz beweist, daß ich den richtigen Weg eingeschlagen habe.

Größte Auswahl. Reellste Preise.

Fachmännische Bedienung.
:: Gediegene Aufmachung ::

Qualitäts-Arbeit
Franko-Lieferung durch eigenen Fuhrpark
Franko-Lagerung - jede Garantie und meine bekannte Kreditgewährung sind der Schlüssel zu meinem Erfolg und ermöglichen Jedem unter über 100 Musterzimmern etwas Passendes zu finden.

Eintritt frei. 1/2, 9-1/2 Uhr.
Inh.: **Erich Rudloff.**

Badische Höhere Techn. Lehranstalt (Staatstechnikum).
Wolffstraße 9.
Karlsruhe.

Anmeldungen zum Besuch der Anstalt im bevorstehenden Winterstudienhalbjahr sind spätestens bis zum 15. Juni 1927 an die Direktion schriftlich zu richten.

Aufnahme- und Nachprüfungen finden am 17., 18. und 19. Oktober 1927 statt.
Der Unterricht wird Donnerstag, den 20. Oktober 1927, vorm. 10 Uhr eröffnet.
Alles Nähere ist aus dem Programm ersichtlich, das gegen Vereinfachung einer Gebühr von 50 Pf. zugänglich Porto erhältlich ist. G. 449

Karlsruhe, im Juni 1927.
Die Direktion:
gez. Paulsen.

55. Offenburg Lotterie zur Hebung der Pferde- und Viehzucht.

Bei der am 12. Mai 1927 stattgefundenen Ziehung wurden folgende Nummern mit den dabei gezogenen Gewinnen gezogen: A. Gewinne 100 bis 3000 Mark: 672 (200, 1 Rind), 2076 (350, 1 Kalb), 2697 (200, 1 Rind), 2941 (400, 1 Stb. oder Kalb), 6438 (100, 1 Säuerfchwein), 12504 (200, 1 Rind), 14255 (220, 1 Rind), 15500 (200, 1 Rind), 16932 (3000, 1 Paar Pferde), 17675 (400, 1 Stb. oder Kalb), 17727 (700, 1 Pferd), 18577 (500, 1 Stb. oder Kalb), 20139 (350, 1 Kalb), 20579 (230, 1 Rind), 21798 (100, 1 Säuerfchwein), 23100 (250, 1 Rind), 23943 (200, 1 Rind), 26597 (100, 1 Säuerfchwein), 26768 (100, 1 Säuerfchwein), 27284 (200, 1 Rind), 29754 (200, 1 Rind). - B. Gewinne je 10 Mark: 1098 2388 3197 3294 3925 4006 4853 5253 5756 6626 6813 7344 8220 9241 9357 9377 10483 11053 12542 12910 13097 14758 15835 16948 17248 17905 17976 20046 21421 21888 22763 23194 23469 24692 25087 25809 26923 27036 28207 28659. - C. Gewinne je 5 Mark: 289 291 570 944 1188 1278 1457 1525 1702 1933 2398 2614 3368 3501 3514 3842 4220 5330 5781 6307 6461 6729 6906 6999 7134 7136 7173 8024 8043 8450 9013 9542 9576 9884 10291 10765 10929 11517 11556 11692 12639 12711 12757 13046 13203 13794 13901 14290 14360 14515 14716 15813 16673 16759 16818 17162 17294 17277 18104 18243 18641 19199 19206 19457 19689 19844 19971 20371 20716 21161 21813 22562 22754 22926 23167 23347 23501 23816 23949 24609 24890 25348 26320 26790 26838 27029 27427 27754 27769 27854 28001 28222 28788 29004 29059 29200 29267 29339 29717 29718. - Sämtliche Nummern mit nachstehenden Endzahlen gewinnen je 3 Mark: 154 169 224 236 264 334 340 366 385 387 391 406 423 486 521 543 567 619 624 676 681 730 741 753 866 907. - Ferner gewinnen folgende Nummern je 3 Mark: 1828 2216 2467 4309 5635 7123 10160 10366 11015 11585 12313 13098 13884 15197 19675 20592 21553 21639 23567 23719 26025 27743.

Die Auszahlung erfolgt durch
Eberhard Feser, Karlsruhe i. B., Ostendstr. 6

Hist. Kammerkonzert im Bruchsaler Schloß
am 11., 12. und 13. Juni 1927. G. 450

Kartenverkauf in Karlsruhe: Musikalienhandl. Fritz Müller, Kaiser-
allee 2, Reishörs Karlsruhe, Ecke Hirsch- u. Kaiserstr.; Kartenverkauf
in Bruchsal bei Heinrich Katz, Musikhaus Müller und im Schloß,
Kartenverkauf in Bretten bei Franz Scherer.

Die per 1. Juli 1927 fälligen Zinsscheine unserer Gold-Hypotheken-Pfandbriefe lösen wir wie folgt ein:

- 8% Gold-Hypotheken-Pfandbriefe:**
aus GM 50.- mit RM 2.-
" " 100.- " " 4.-
" " 200.- " " 8.-
" " 500.- " " 20.-
" " 1000.- " " 40.-
" " 2000.- " " 80.-
" " 5000.- " " 200.-
- 7% Gold-Hypotheken-Pfandbriefe:**
aus GM 100.- mit RM 3.50
" " 200.- " " 7.-
" " 500.- " " 17.50
" " 1000.- " " 35.-
" " 2000.- " " 70.-
" " 5000.- " " 175.-
- 6% Gold-Hypotheken-Pfandbriefe:**
aus GM 100.- mit RM 3.-
" " 200.- " " 6.-
" " 500.- " " 15.-
" " 1000.- " " 30.-
" " 2000.- " " 60.-
" " 5000.- " " 150.-

Von obigen Beträgen kommen 10% Kapitalertragsteuer in Abzug.
Mannheim, den 1. Juni 1927.
Badische Hypothekenbank.

Es werden öffentlich vergeben: a) Umbauarbeiten der Gutachbrücke in Gutach, km 37,083 der Schwarzwaldbahn, Erdarbeit 520m³, Abbrucharbeiten 130m³, Betonarbeiten 460m³. b) Verlängerung der Begunterführung bei km 37,130 der Schwarzwaldbahn. Erdarbeit 22m³, Abbrucharbeiten 8,80m³ und Betonarbeiten 40m³. c) Schlofferarbeiten für die Verlangung der Begunterführung bei km 37,130 der Schwarzwaldbahn. Liefern

und Bearbeiten von 200 kg Eisen. Angebotsordrude sind hier erhältlich und nach Ausfüllung mit der Aufschrift - Umbau Gutachbrücke - bis längstens 10. Juni 1927, vormittags 11 Uhr, hierher einzureichen. Reichsbahnamt Billingen.

Konkursverfahren.
Karlsruhe. R. 794.
Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Josef Wöhl in Karlsruhe, Goethestraße 8, ist zur Abnahme der Schluß-

rechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke und die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerausschmittglieder Schlusstermin bestimmt auf **Mittwoch, den 22. Juni 1927, vormittags 10 Uhr**, vor dem Amtsgericht hier, 3. Stod, Zimmer 252. Karlsruhe, 28. 5. 1927.

Konkursverfahren.
Bruchsal. R. 775
Über das Vermögen des Dr. Conrad Naake, Inhaber der Firma Benzinwerke Baden Dr. Naake & Varenklaus in Bruchsal wurde am 1. Juni 1927 vormittags 11 Uhr das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner seine Zahlungen eingestellt hat und zahlungsunfähig geworden ist. Rechtsanwalt Notar Dr. Bruchsal wurde zum Konkursverwalter ernannt. Anmeldefrist: 23. Juni 1927, 1. Gläubiger-

versammlung u. Prüfungs-
termin: Donnerstag, den 30. Juni 1927, vormittags 9 Uhr.
Offener Arrest u. Angeigefrist: 23. Juni 1927.
Bruchsal, 1. Juni 1927.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.
Freihänder
Nußholzverkauf.
Bad. Forstamt Wolfach, Mittwoch, 8. Juni 1927: 944 fm Kadellangholz in 7 Losen und 1500 Kadellangholz. Losverzeichnis durchs Forstamt. G. 778

Badisches Landestheater
Freitag, den 3. Juni 1927
* F 27. (Freitagmiete)
Th.-Gem. 101-200

Die Zauberflöte
von Mozart
Musik. Leitung:
Dr. Heinz Knoll

In Szene gef. von O. Krauß
Saraftro Dr. Wudersheim
Tamino Kentwig
Papageno Schüller
Sprecher Schüller
Erster Beisitzer Kainbach
Zweiter Beisitzer Kofler
Königin v. Nacht v. Ernst
Pamina Frau
Erste Dame Blätternann
Zweite Dame Seiberlich
Dritte Dame Wanta

Freihänder
Nußholzverkauf.
Bad. Forstamt Pforzheim, Mittwoch, 15. Juni d. J.: 2560 fm. Tannen- u. Fichten, 11 fm. Forlen- u. Lärchenstammholz. Losverzeichnis durchs Forstamt.